

NETWORK-KARRIERE

Europas größte Wirtschafts-Zeitung für den Direktvertrieb

„Eigentum verpflichtet“

Sahra Wagenknecht, Vize-Vorsitzende der LINKEN im Interview



Dr. Jens Abend:
Innovation von LR:
„Mind Master –
Brain & Body
Performance Drink“



Frauke Berner: neue
Cellagon-Kosmetik-
Linie. Oberster Level
bei Innovation und
Qualität



Unsere Leser haben
abgestimmt. Alle
Wertekultur Award-
nominierten Unter-
nehmen



Steward Hughes:
Gute Stimmung bei
Unicity: CSM-
Konzept für völlig
neue Lebensqualität



Rolf Sorg: PM-Inter-
national auf dem
Weg in die Top 10
weltweit führender
Network-Firmen

Tun Sie sich was Gutes, lesen Sie was Gutes: Die Network-Karriere.





„Jede Krankenschwester leistet mehr als mancher Pleite Manager“

Sahra Wagenknecht, Vize-Vorsitzende der LINKEN, im Network-Karriere Titelseiten-Interview

In der Network-Karriere sind mit schöner Regelmäßigkeit nahezu alle deutschen Spitzenpolitiker mit einem Titelseiten-Interview vertreten. Von der Kanzlerin bis Philipp Rösler und ganz aktuell Horst Seehofer samt der Riege der Bundesminister und der führenden Oppositionspolitiker. Alle? Fast alle!

Eine Partei, DIE LINKE, kam bisher nicht zu Wort, obwohl sie mit 76 Sitzen und damit acht Sitzen zahlreicher als die Grünen im Bundestag vertreten ist. Das wollen wir mit dem heutigen Titelseiten-Interview mit Sahra Wagenknecht, der stellvertretenden Vorsitzenden der LINKEN, im Hinblick einer ausgewogenen Berichterstattung vor der kommenden Bundestagswahl nachholen. Diese blitzgescheite, schlagfertige Politikerin nimmt bekanntlich weder im Bundestag noch in ihren Talkshow-Auftritten und Interviews kein Blatt vor den Mund:

Network-Karriere: Frau Wagenknecht, Sie sind als junge dynamische Frau aktiv in der Bundespolitik tätig. Glauben Sie, dass man wieder mehr Frauen Ihres Alters zu aktivem politischen

Handeln bringen könnte? Und wenn ja, wie?

Sahra Wagenknecht: Ich kann gut verstehen, dass viele Frauen, aber auch Männer keine Lust auf die Rituale des Politikbetriebs haben. Etwa die Kungeleien in Hinterzimmern und die vielen Männerunden. Davon sollten sich junge Frauen aber nicht abschrecken lassen. Mit Sachkenntnis und Einsatz kann man auch ohne Intrigen politischen Einfluss gewinnen. Ich würde mir sehr wünschen, dass mehr kritische junge Menschen in die Politik gehen. Denn es geht darum, die Politik in diesem Land zu verändern. Dies gelingt nur, wenn es Menschen gibt, die sich gegen Missstände wehren und aktiv für ihre Interessen einsetzen.

NK: Was kann man denn gegen die generelle allgemeine Politikverdrossenheit tun?

Sahra Wagenknecht: Die Politikverdrossenheit hat damit zu tun, dass es kaum noch Unterschiede zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und den GRÜNEN gibt. Sie alle kürzen Löhne, Renten, Sozialleistungen und retten Banken mit Steuergeldern. Die erfolgreichste Partei in Deutschland ist daher die Partei der Nichtwähler. Aber Nichtwählen ändert nichts. Denn den an-

deren Parteien ist es nur recht, wenn die Unzufriedenen zu Hause bleiben und sie beim Regieren nicht stören. Wer die Demokratie statt der Banken retten möchte, sollte DIE LINKE stärken, denn sie steht für eine andere Politik als das neoliberale Einerlei der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

NK: Frau Wagenknecht, Ihnen wird bei Focus online nachgesagt, dass eine Ihrer Hauptbeschäftigungen als Linke-Vorzeigefrau die „Verteufelung des Kapitalismus“ sei. Sie scheinen solchen Aussagen scheinbar immer mit einer beeindruckenden Gelassenheit zu begegnen. Wie schaffen Sie es, eine derartige

Berichterstattung nicht an sich ranzulassen?

Sahra Wagenknecht: Je schwächer die Argumente meiner politischen Gegner, desto schriller der Ton. Das ist in der Politik fast schon Gesetz. Wer das weiß, dem fällt es leichter, gelassen zu bleiben. Über manches – etwa persönliche Angriffe – ärgere ich mich natürlich trotzdem. Manchmal wünschte ich, mein Fell wäre tatsächlich so dick, wie viele denken, dass es wäre.

NK: Sie haben einmal gesagt, dass Porsche und Hummer auch für Linke kein Problem seien, dass nur die persönliche Überzeugung dabei nicht verkauft werden dürfte. Wie schafft man das denn und kann man auch wirklich immer so gradlinig bleiben?

Sahra Wagenknecht: Politiker sind dann glaubwürdig, wenn sie Forderungen stellen, die auch sie selbst treffen. Ich kämpfe für einen höheren Spitzensteuersatz, den ich auch selbst bezahlen müsste. Aber ich finde es einfach richtig, dass Besserverdienende steuerlich stärker zur Kasse gebeten werden und nicht die Krankenschwester oder der Rentner über steigende Verbrauchssteuern abgezockt werden. Gradlinigkeit ist für mich

auch eine Frage der Selbstachtung. Wenn ich Dinge gegen meine Überzeugung tun würde, dann könnte ich mich nicht mehr im Spiegel ansehen.

NK: Wie Sie vielleicht wissen, gibt es in unserer Branche, dem Direktvertrieb, einige Leute, die sich von ganz unten hoch gearbeitet haben und sehr viel Geld verdienen. Mit viel Fleiß und Ideenreichtum stammt der Lohn im Direktmarketing aus harter Arbeit und nicht aus einer Erbschaft oder aus Spekulationen. Haben Sie mit dem Direktvertrieb schon einmal näher zu tun gehabt?

Sahra Wagenknecht: Nein, bisher kaum. Aber Eigentum, das durch eigene Arbeit entstanden ist, ist eine ganz andere Leistung als Eigentum, das allein darauf beruht, dass man wohlhabende Eltern hat oder durch Spekulation reich geworden ist. DIE LINKE will die normalen Steuerzahler entlasten, große Millionen-Erbschaften dagegen stärker besteuern bzw. dafür sorgen, dass sehr hohe Betriebsvermögen im Erbfall in Belegschaftsanteile umgewandelt werden. Denn es ist vor allem die Leistung der Beschäftigten, auf der der Erfolg großer Unternehmen beruht.



Unser Steuerkonzept sieht vor, dass Einkommen bis zu 6.000 Euro monatlich entlastet, Einkommen darüber stärker belastet werden. Den Mittelstandsbauch im Steuertarif wollen wir abschaffen, indem wir weiter oben stärker zugreifen. Und wir wollen den Skandal beenden, dass mit der Abgeltungsteuer Einkommen aus Vermögen weit weniger belastet wird als Einkommen aus harter Arbeit.

NK: Was denken Sie über eine Branche, in der es jeder schaffen kann sich etwas aufzubauen und in der immerhin rund 500.000 Leute als haupt- oder nebenberuflich Selbstständige in Deutschland arbeiten?

Sahra Wagenknecht: Ich habe immer Schwierigkeiten damit, wenn ich höre, dass es angeblich jeder in einem Job schaffen kann. Dies entspricht leider kaum der Realität. Die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind so schwierig geworden, dass persönlicher Einsatz und Motivation leider immer sel-

tener ausreichen, um zu akzeptablen Arbeitsbedingungen ein gutes Auskommen zu erreichen. So gibt es seit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen eine massive Ausweitung der Scheinselbstständigkeit. Viele Selbstständige sind genauso abhängig wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie arbeiten bis zum Umfallen, schaffen es dennoch kaum, finanziell über die Runde zu kommen geschweige denn sich für den Krankheitsfall zu versichern oder Altersvorsorge zu betreiben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung auch für Solo-Selbstständige bezahlbar ist

NK: Sie legen großen Wert darauf, dass über Werte nachgedacht wird. Gerade nicht-materielle Dinge sind nach Ihren Aussagen für die Lebensqualität der Menschen maßgeblich. Kann man sich denn in einem System mit einer starken Wirtschaft den überhaupt den materiellen Reizen entziehen?

Sahra Wagenknecht: Das kommt natürlich darauf an, über wen man spricht. Es ist absurd, einer Hartz IV-Empfängerin oder einem Facharbeiter Verzicht zu predigen, während Manager verrückte Millionen-Boni kassieren. Eine Wirtschaft ist stark, wenn die Leute anständig verdienen und hochwertige Güter produziert werden statt billiger Wegwerfprodukte und Finanzschrott. Ein Land, das Millionäre hinreichend besteuert, kann sich nicht nur ein gutes Gesundheits- und Sozialsystem leisten, sondern auch großartige Theater, Universitäten und Museen.

NK: Als stellvertretende Vorsitzende Ihrer Fraktion zählt Ihre Meinung deutlich. Sollte sich die Politik in die Pleiten der Finanzindustrie einklinken? Und wenn ja, wie?

Sahra Wagenknecht: Es ist Aufgabe der Politik, klare Regeln zu setzen, nach denen die Wirtschaft, also auch die Finanzwirtschaft, funktioniert. Dies ist in der Ver-



gangenheit unter Rot-Grün und der Großen Koalition sträflich vernachlässigt worden. Das Resultat dieser Politik mangelnder Regeln und Kontrolle sehen wir heute. DIE LINKE will die Politik wieder in die Pflicht nehmen und die Banken auf das zurückführen, was ihre Aufgabe ist, nämlich Investitionen zu finanzieren und Ersparnisse ordentlich und sicher zu verwal-

ten. Schrottbanken müssen abgewickelt werden, wobei Eigentümer und Inhaber großer Vermögen die Verluste zu tragen haben, nicht der Steuerzahler. Nur die Einlagen der Kleinsparer und das seriöse Kreditgeschäft sind abzusichern. Bei der Deutschen Bank sind das vier Prozent der Bilanzsumme von etwa zwei Billionen Euro. Der Rest ist Zockerei, Spiel mit Derivaten, Wetten auf die künftige Preisentwicklung von Rohstoffen und Lebensmitteln. Ein solches Geschäftsmodell ist absurd und darf nicht länger akzeptiert werden. Finanzstabilität ist ein öffentliches Gut, deshalb gehören Banken unter öffentliche Kontrolle. Heute werden regelmäßig die Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet, während die Gewinne in private Taschen fließen. Die Commerzbank warb trotz Bankenrettung und Teil-Vestaatlichung durch Peer Steinbrück weiter für Geschäfte mit Steuer-oasen. Die Landesbanken haben gezoxt, weil Provinzpolitiker der CDU und der SPD gerne das große Rad drehen wollten. Das ist alles unerträglich.

NK: Sie scheuen keine Diskussionen und vertreten Ihren Standpunkt immer sehr klar. Was halten Sie persönlich von Ideen einer hohen Sondersteuer auf Luxusgüter, die zum Beispiel Carsten Maschmeyer vor einer Weile einmal vorgeschlagen hat? Ist so etwas in der Bundesrepublik wirklich praktikabel?

Sahra Wagenknecht: Ich halte das für eine Schnaps-Idee. So eine Steuer lässt sich doch ganz einfach legal umgehen. Sie müssen die Jacht oder den Mercedes dann eben im Ausland kaufen. Nein, wir müssen wirklich hohe Vermögen und Erbschaften über 1 Million Euro wesentlich stärker besteuern. Wer das dann nicht zahlt, macht sich strafbar, und es gibt viele Wege, solche Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Leistung muss sich wieder lohnen.

NK: Frau Wagenknecht, Sie haben eben promoviert – wir gratulieren Ihnen dazu. Was denken Sie denn in diesem Zusammenhang über Ihre Kollegen aus dem Bundestag, die mit ihren Plagiaten in die Schlagzeilen geraten sind? Schaden solche Ereignisse dem Bildungswesen? Müssen wir grundlegend an der Moral arbeiten oder müssen strengere Kontrollen her, damit

so ein „Abkupfern“ zukünftig nicht mehr passiert?

Sahra Wagenknecht: Sicher schaden Plagiate. Die Steuerzahler und die Studierenden finanzieren die Universitäten. Nun kommt ein Baron zu Guttenberg mit Papas Geldbeutel und schreibt ab, weil er davon ausgeht, er kommt mit wenig Aufwand so durch und kann sich noch mit einem akademischen Titel schmücken, während eine allein erziehende Mutter unter schwierigen finanziellen Bedingungen auf ehrliche Weise und mit harter Arbeit eine Promotion verfasst. Ich glaube aber nicht, dass man allein mit moralischen Appellen weiterkommt. Die Universitäten müssen vor allem so ausgestattet sein, Promotionen auch wirklich gründlich betreuen und prüfen zu können. Und zwar die von allen Doktoranden, nicht nur rückwirkend die heutiger Politiker.

NK: In einigen Berichten über Sie kann man lesen, dass Sie einen Sozialismus auf Basis des Grundgesetzes für möglich halten. Können Sie das unseren Lesern verständlicher erklären?

Wie würde denn eine Wirtschaft zum Beispiel danach für unsere Direktvertriebler aussehen?

Sahra Wagenknecht: Das Grundgesetz schreibt keine konkrete Wirtschaftsordnung vor. Es sieht allerdings vor, dass Eigentum verpflichtet und dem Wohle der Allgemeinheit dienen sollte. Viele Prinzipien dieser Gründungsurkunde der Bundesrepublik werden durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung mit Füßen getreten. Ich kann Sie beruhigen: In einem kreativen Sozialismus – wie ich ihn mir wünsche – gäbe es weiterhin Märkte und unternehmerische Initiative. Das Problem ist, dass es in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung keinen echten Wettbewerb gibt. Die Banken liegen dem Staat, den Unternehmen und den Steuerzahlern auf der Tasche. Wenige Energiekonzerne diktieren die Preise. Das alles hat mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun.

NK: Die Network-Karriere führt zur Zeit eine Leserumfrage durch mit der ermittelt werden soll, welches die am meisten wertorientierten Network-Marketing-Unternehmen sind und welche Firmen es mit der Wertekultur, in diesem Fall mit dem Umgang mit ihren Vertriebspartnern und Kunden, nicht so genau nehmen. Es zeichnet sich ja immer

www.network-karriere.com

mehr ab, dass eine gängige Wertekultur im Alltag allgemein in vielen Unternehmen, Stichwort Lebensmittelskandale, völlig verschwunden ist. Was sagen Sie zu unserer Initiative?

Sahra Wagenknecht: Ich begrüße es, wenn Unternehmen versuchen hohe Standards zu erfüllen. Und öffentlicher Druck in diese Richtung ist absolut sinnvoll. Ich glaube aber, letztlich braucht es für viele Bereiche eine bessere Regulierung. Im Bereich des Marketings ist das weniger offensichtlich, hier geht es ja um Kundenbeziehungen zwischen Unternehmen. Aber Lebensmittelsicherheit etwa ist ein öffentliches Gut. Es reicht nicht, möglichst unverständliche Warnhinweise auf die Verpackungen zu drucken. Es muss für den Verbraucher klar erkennbar sein, was er kauft. Die Produktionskette muss dokumentiert und überprüft werden. Die öffentlichen Institutionen kommen dieser Aufgabe immer weniger nach, weil ihnen das Geld fehlt. Wir brauchen auch bessere Regeln, was die längerfristige Garantie für Gebrauchsgüter und den Kundenservice betrifft. Gerade hier wurde in vielen renditefixierten Unternehmen in den letzten Jahren massiv abgebaut.

NK: Ihr Buch heißt „Freiheit statt Kapitalismus“. Gibt es Ihrer Meinung nach denn immer nur Unfreiheit im Kapitalismus? Oder

kann es auch nützliche Aspekte im Kapitalismus geben?

Sahra Wagenknecht: Es gibt sehr nützliche Aspekte in einer Marktwirtschaft, zum Beispiel Innovation und Befriedigung von Kundenbedürfnissen. Der Casino-Kapitalismus aber tendiert zur wirtschaftlichen Macht und untergräbt daher letztlich auch die Marktwirtschaft. Die klassischen Konservativen, aber auch echte Liberale wussten das früher noch und haben sich daher für eine strenge Kartellgesetzgebung, die Zerschlagung privater Monopole und öffentliches Eigentum in elementaren Bereichen ausgesprochen. Dieses intellektuelle Erbe wurde von den neoliberalen Spaßpolitikern und wirtschaftlichen Eliten beseitigt. Eine Gesellschaft, in der Millionen für Hungerlöhne schuften, wenige Konzerne die Medien kontrollieren und Banken oder Energiemultis die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen, ist nicht frei.

NK: Frau Wagenknecht, meine Frau hat für die Network-Karriere in ihrer monatlichen Kolumne in der vergangene Ausgabe über die Missstände in unserem Versorgungssystem geschrieben. Darüber, dass Erzieherinnen und Pflegepersonal zum Beispiel oft bis an die Grenze zum eigenen Burnout und darüber hinaus mit Hingabe für Bedürftige arbeiten – bei einer mangelhaften Entlohnung. Die

Reaktion unserer Leser hat uns gezeigt, dass damit ein wunder Punkt getroffen wurde. Das Thema ist natürlich nicht neu, aber wir denken, dass man diese Situation nicht häufig genug benennen kann. Was sollte man denn Ihrer Meinung nach tun, um langfristig dafür zu sorgen, dass es eine Honorierung gibt, die sich danach richtet, welchen Beitrag jemand für die Allgemeinheit leistet?

Sahra Wagenknecht: Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens zehn Euro, um die Ausbeutung von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zumindest zu begrenzen. Darüber hinaus brauchen wir eine moderne Anti-Stress-Gesetzgebung, wie sie etwa die IG Metall fordert. Es kann nicht sein, dass viele Menschen gezwungen werden, rund um die Uhr verfügbar zu sein und am Abend und

an den Wochenenden unzählige Überstunden zu leisten. Das hält kein Mensch auf Dauer durch. Und gleichzeitig müssen Millionen andere zu Hause sitzen, weil sie keine Arbeit finden. Wir brauchen eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und einen gesetzlichen Hebel gegen immer neue Befristungen in den Arbeitsverträgen, die Mitarbeiter abhängig und erpressbar machen. Boni wie Aktienoptionen, die völlig fal-

sche Anreize bieten, wollen wir verbieten. Jede Krankenschwester leistet mehr als so mancher Pleite-Manager, der ein traditionsreiches Unternehmen an die Wand fährt und sich dann noch einen goldenen Handschlag holt. Der Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos, Klaus Schwab, fordert wie DIE LINKE eine Begrenzung der Managergehälter auf das 20-fache der untersten Lohngruppe. Dies entspräche durchschnittlich etwa einem Jahresgehalt von einer halben Million Euro. Bei der Gründung des Deutschen Aktienindex lag das Verhältnis bei 15 zu 1, heute sind es etwa 54 zu 1. Das hat mit realen Leistungsunterschieden nichts zu tun.

NK: Sie haben das letzte Wort. Gibt es eine Botschaft, die Sie unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Sahra Wagenknecht: Ich möchte gerne den französischen Diplomaten Stéphane Hessel zitieren: Empfört Euch! Natürlich wünsche ich mir, dass Sie am 22. September DIE LINKE wählen, denn eine starke Linke im Parlament ist wichtig, um Druck auf die Politik der anderen Parteien auszuüben. Aber das allein reicht nicht aus: Genauso wichtig ist es, dass es außerparlamentarischen Widerstand gegen gesellschaftliche Missstände gibt. Die Menschen sollten beginnen, sich zu wehren.

Vita

- 1969 geboren in Jena
- 1988 Abitur in Berlin
- 1990 bis 1996 Studium der Philosophie und Neueren Deutschen Literatur in Jena, Berlin und Groningen; September 1996 Abschluss des Studiums in Groningen mit einer Arbeit über Hegel und Marx
- 1991 bis 1995 und 2000 bis 2007 Mitglied des Parteivorstandes der PDS bzw. der Linkspartei.PDS
- 1998 Direktkandidatin der PDS zur Bundestagswahl in Dortmund
- 2004 bis 2009 Mitglied des Europaparlaments
- seit Juni 2007 Mitglied im Vorstand der Partei DIE LINKE
- seit Oktober 2007 Mitglied der Programmkommission der



Partei DIE LINKE

- März 2009 Wahl zur Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis Düsseldorf-Süd zur Bundestagswahl 2009
- März 2009 Wahl auf Platz 5 der Landesliste der LINKEN. NRW zur Bundestagswahl 2009
- 27. September 2009: Wahl in den Deutschen Bundestag
- 2009 – 2012 Wirtschaftspoliti-

sche Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

- 15. Mai 2010: Wahl zur Stellvertretenden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
- 8. November 2011: Wahl zur Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE
- Oktober 2012: erfolgreiche Verteidigung der Dissertation in Volkswirtschaftslehre („The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“)
- 17. November 2012: Wahl zur Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis Düsseldorf-Süd zur Bundestagswahl 2013
- 2. Februar 2013: Wahl zur Spitzenkandidatin der LINKEN. NRW zur Bundestagswahl 2013

Bildnachweis: Nicole Teuber, Ruth Firmenich